

DIE LINKE.



Millionen Jobs in Gefahr

Im Schatten der Coronakrise versuchen Reiche und Konzerne, ihre Profite auf unsere Kosten zu vergrößern. Gemeinsam können wir dagegenhalten – und eine bessere Zukunft für alle durchsetzen.

Die Coronakrise hat gezeigt, was wir erreichen können, wenn wir zusammenhalten. Weder die Bundesregierung noch »die Politik« haben dafür gesorgt, dass die erste Coronawelle in unserem Land glimpflich abließ. Wir haben Verantwortung für einander übernommen. Wir haben uns umeinander gesorgt. Unternehmen nutzen die Krise, um Löhne und Arbeitsstandards zu drücken – und nehmen gleichzeitig Milliarden Euro an Staatshilfen. Oder sie planen Werksverlagerungen, auch an profitablen Standorten. Jahrzehntlang haben die Beschäftigten die Unternehmen am Laufen gehalten, jetzt werden sie nur als Kostenfaktor behandelt. Mit Unterstützung aus CDU und FDP (und, wenn man sie lässt, auch der AfD) ziehen die Unternehmen alte Pläne aus der Schublade: Sie versuchen, die ge-

setzliche Begrenzung des Arbeitstages zu schleifen und Pausen zu kürzen. Sie wollen weniger Beiträge zu Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung zahlen – vornehm heißt das »Bürokratieabbau«. Tatsächlich schwächt es die soziale Absicherung der Beschäftigten. Das Ziel: Profite und Dividenden hoch zu halten. Der Plan geht auf: Die Profite von Daimler und anderen großen Unternehmen sind im dritten Quartal 2020 durch die Decke gegangen.

»Die Kosten für die riesigen Rettungspakete sollen die zahlen, die wenig haben und den Reichtum hauptsächlich erarbeitet haben: die Beschäftigten. Das ist ein Skandal!«, meint Bernd Riexinger, Vorsitzender der LINKEN.

Wir wollen eine Gesellschaft, die für alle funktioniert, nicht nur für die Reichen.

Gerecht geht anders:

Wir sagen: Stopp! Gemeinsam setzen wir unseren Widerstand dagegen. In den Betrieben, mit den Gewerkschaften, auf der Straße und in den Parlamenten. Wir wollen eine Gesellschaft, die für alle

funktioniert, nicht nur für die Reichen. Wo Busfahrer, Pflegekräfte, Verkäuferinnen und Reinigungspersonal nicht nur Beifall bekommen, sondern gute Arbeitsbedingungen und anständigen Lohn. Eine Gesellschaft in der Arbeit und Zeit gerecht verteilt sind und alle von ihrer Arbeit gut leben können.

Wir lassen den Reichen nicht durchgehen, dass sie ihre Gewinne und ihre Vermögen vergrößern und uns die Kosten der Krise aufbürden. Wer viel hat, kann auch mehr beitragen, nicht nur mehr einste-

Das Land verändern

Die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger über den notwendigen Umbau unserer Wirtschaft
Seite 2

Tödliche Profite

Wie Gewinnstreben unser Gesundheitssystem zerstört
Seite 2

Reiche zur Kasse

Die Profiteure der Coronakrise müssen einen fairen Beitrag zahlen
Seite 3

Soziale Sicherheit

Rente, Mindestlohn, Arbeitslosengeld: Was jetzt passieren muss
Seite 3

Mieten runter

Spekulation macht Wohnen teurer, wir können das stoppen
Seite 4

Mirze Edis

Betriebsrat und Konzernbetriebsrat bei den Hüttenwerken Krupp Mannesmann in Duisburg



»Die Gewinne wurden nicht in neue Technologien investiert. Wir sehen bei der Salzgitter AG oder Saarstahl, dass es bei einer Landesbeteiligung nicht nur um Profite für die Aktionäre geht. Dadurch könnten Werkschließungen vermieden werden.«

Dagegenhalten!

Viele Großkonzerne kündigen an, Stellen zu streichen und Standorte zu verlagern. Das hat wenig mit Corona oder den Auflagen zum Klimaschutz zu tun. Ziel: Profite und Dividenden steigern. Dagegen brauchen die Betriebsräte ein Veto-Recht. Viele kleinere und mittlere Unternehmen, vor allem Zulieferer, sind tatsächlich vom notwendigen Umbau auf klimafreundliche Produktion hart getroffen. DIE LINKE fordert, dass für sie ein Transformationsfonds eingerichtet wird. Der unterstützt Unternehmen bei der Umstellung auf neue, umweltfreundliche Technologien. Und wir kämpfen für Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich. Eine Vier-Tage-Woche ist gut für die Beschäftigten und sichert Arbeitsplätze. Der fünfte Tag kann zur Weiterbildung freigestellt werden. ■

Klimaschutz schafft Arbeit

Wer Klimaschutz richtig macht, sichert und schafft gute Arbeitsplätze.

Niemand darf gezwungen sein, sich zwischen dem Arbeitsplatz und der Zukunft der Kinder zu entscheiden. Das ist unser LINKER Leitsatz. Wir wollen einen bewohnbaren Planeten – deshalb brauchen wir wirksamen Klimaschutz. Und wir müssen die Miete zahlen – deshalb brauchen wir gute Arbeit und faire Löhne. Die Verkehrswende kann viele Arbeitsplätze schaffen, wenn sie richtig gemacht wird: 200 000 gute Industriearbeitsplätze entstehen, wenn die Bundesregierung endlich den Bau von Bussen, Bahnen und Schienen fördert. Das wäre gut fürs Klima und gut für die Beschäftigten. Weit über 100 000 Beschäftigte werden für Instand-

haltung und als Fahrer*innen dringend gebraucht. Wenn der öffentliche Verkehr ausgebaut wird, können alle ihre Ziele gut erreichen – auch zur Früh- und zur Nachtschicht und nach Feierabend wieder weg. DIE LINKE will einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr. Die Ticketpreise sollen schrittweise fallen – bis alle zum Nulltarif fahren. Dann ist es möglich und attraktiv, auf das Auto zu verzichten. Für den Anfang wollen wir freie Fahrt für Kinder, Azubis, Rentner*innen und Menschen mit Sozialtickets.

Die Regierung hat Lufthansa 9 Milliarden Euro überwiesen. Lufthansa streicht fast 30 000 Stellen. Die Bahn muss einsparen

und macht Druck auf die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften. Gute Verkehrspolitik müsste die umweltschädlichen Inlandsflüge auf die Schiene verlegen. Die Beschäftigten von Lufthansa hätten eine Zukunft bei der Bahn finden können – und die Bahn müsste ihre Beschäftigten nicht erpressen, ihre Löhne abzusenken.

Warum verdienen Busfahrer*innen und Pflegekräfte so viel weniger als viele Beschäftigte in der Industrie? Ihre Arbeit ist nicht weniger wichtig. Wir haben in der Krise gesehen, auf welche Berufe es wirklich ankommt. In Kitas und Schulen, in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Gesundheits- und Sozialämtern wird Personal gebraucht. Sie müssen ordentlich bezahlt werden, damit die Berufe attraktiv sind – für Auszubildende und Studierende und für Menschen, die einen neuen Arbeitsplatz suchen. ■

»Wir wollen dieses Land verändern«

Die beiden LINKEN-Vorsitzenden, **Katja Kipping** und **Bernd Riexinger**, über schlechte Corona-Politik, gute Arbeit und sozial gerechten Klimaschutz

Wir stecken mitten in der zweiten Welle der Corona-Pandemie. Hat die Regierung genug getan, um diese Welle zu verhindern?

Katja Kipping: Nein.

Der zweite Lockdown wäre vermeidbar gewesen, wenn die Bundesregierung den Sommer genutzt hätte. Wir als LINKE haben rechtzeitig einen Fahrplan für den Corona-Winter vorgelegt. Jetzt setzt die Regierung zu einseitig auf Einschränkungen im privaten Bereich. Infektionsschutz sollte jedoch auch am Arbeitsplatz gelten. Wir wissen, dass auch Frachtzentren und Fleischbetriebe immer wieder Hotspots sind. Die Regierung lässt die Ärmsten, aber auch Freischaffende und Selbstständige im Regen stehen. Corona hat uns vor Augen geführt, wie wichtig soziale Garantien und ein öffentliches Gesundheitssystem sind. Solidarität bedeutet, dass wir aufeinander Acht geben. Rücksichtslosigkeit wird auf dem Rücken der Pflegekräfte und der pflegenden Angehörigen ausgetragen.



Sind die Krankenhäuser bereit für die zweite Welle? Schließlich fehlen immer noch massenhaft Pflegekräfte.

Bernd Riexinger: Die Bundesregierung hat es versäumt, die Krankenhäuser »fit« zu machen für die zweite Welle. Das gefährdet jetzt Menschenleben. Was nützen Intensivbetten, wenn Pflegekräfte fehlen? Als LINKE machen wir seit Jahren Druck für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal. Die Bundesregierung muss ein Sofortprogramm für mehr Pflegekräfte auf den Weg bringen. Dafür sollten Pflegekräfte sofort 500 Euro mehr pro Monat erhalten.

Prekär Beschäftigte leiden am meisten unter den Folgen der Corona-Krise. Was ist die Antwort der LINKEN?

Bernd Riexinger: In der Pandemie zeigt sich erneut, dass Leiharbeit, Befristungen und Werkverträge Sackgasen sind. Wir wollen sichere und sinnvolle Arbeit für alle – mit Löhnen, die für

ein gutes Leben reichen. Das Kurzarbeitergeld muss dringend erhöht werden. Wir erleben auch eine neue Welle von Entlassungen.

Es kann nicht sein, dass Standorte, die über Jahre von den Belegschaften aufgebaut wurden, einfach verlagert werden. Steuergelder für Unternehmen dürfen nur im Gegenzug zu Arbeitsplatzsicherheit, Einhaltung von Tarifverträgen und Auflagen für konsequenten Klimaschutz fließen!

Nächstes Jahr sind Bundestagswahlen. Wie können wir dafür sorgen, dass es sozialer zugeht im Land und endlich konsequent gehandelt wird, um das Klima zu retten?

Bernd Riexinger: Gerechtigkeit und konsequenter Klimaschutz gehören für uns untrennbar zusammen. Wir brauchen Investitionen in sinnvolle Arbeit für alle und in eine klimaneutrale Wirtschaft, in gute Gesundheitsversorgung und bezahlbares Wohnen. Bus und Bahn müssen flächendeckend ausgebaut und deutlich günstiger werden. Mit einer Vermögenssteuer für Multi-Millionäre ist das ohne Probleme finanzierbar. Wir kämpfen – gemeinsam mit Gewerkschaften und der Klimabewegung – für einen grundlegenden Politikwechsel.

Katja Kipping: Es gibt in unserem Land Menschen, die viel zu wenig verdienen, lange Wege zur Arbeit haben und die Angst haben, dass mehr Klimaschutz ihr Leben noch schwerer machen könnte. Ihnen möchte ich sagen: Nur radikal sozial gelingt der ökologische Umbau. Schwarz-Grün steht für mindestens vier weitere verlorene Jahre für den Klimaschutz. Nur eine starke LINKE kann einen progressiven Wechsel ermöglichen. Dieses Land verdient einen sozial-ökologischen Aufbruch und diese Welt eine Bundesregierung, die verlässlich für Frieden und Entspannung eintritt. Das ist gerade nach den Wahlen in den USA notwendiger denn je. Mit uns ist zu rechnen, weil wir dieses Land verändern wollen.

Hakan Ay
Logistiker und
Vertrauensmann
bei VW Salzgitter



»Der Umbruch findet auch bei VW statt, indem viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umgeschult und die Produktionsstätten umgebaut werden müssen. Bei VW hat das Elektrozeitalter begonnen.«



Wir wollen:

Eine Solidarische Gesundheitsversicherung statt 2-Klassen-Medizin

- Alle zahlen entsprechend ihrem Einkommen ein.
- Alle werden gleich gut versorgt.
- Beiträge sinken für alle, die weniger als 6.700 Euro verdienen.

Eine Solidarische Pflegevollversicherung

- Alle zahlen entsprechen ihrem Einkommen ein.
- Eigenbeiträge entfallen; die Pflegeversicherung übernimmt alle Kosten.
- Beiträge bleiben gleich.

Keine Profite mit unserer Gesundheit!

Wir brauchen Krankenhäuser, die sich nach unserem Bedarf richten und ihre Pflegekräfte gut bezahlen

In der ersten Coronawelle haben alle – auch die Regierung – den Pflegekräften applaudiert. Dann hat die Bundesregierung Hunderte Milliarden Euro ausgegeben, um die Folgen der Coronakrise abzumildern. Der größte Teil ging an die Unternehmen. Wer hat nichts bekommen? Die »Heldinnen und Helden der Krise«. Wofür Geld da ist: Eine Netflix-Serie, mit der die Regierung mehr Auszubildende in den Pflegeberuf locken will. Dabei ist ganz klar, was sich ändern muss: In Krankenhäusern und Pflegeheimen fehlen hinten und vorne Pflegekräfte – jeweils mindestens 100 000. Für die Beschäftigten heißt das: zu wenig Zeit, immer im Laufschrift unterwegs, zuständig für viel zu viele Patientinnen und Patienten, Nachtschichten oft allein. Christian ist Krankenpfleger im Uniklinikum Leipzig und kennt die Probleme: »Schon seit Jahren beklagen wir die katastrophalen Zustände in den Krankenhäusern. Die Coronakrise hat nochmal die Situation verdeutlicht. Doch bis auf einen Dank oder Klatschen im Bundestag hat sich seitdem nichts verändert.« Viele verlassen erschöpft den Beruf. Bei besserer Bezahlung und ausreichend Personal würden viele Menschen (zurück) in den Pflegeberuf ge-



hen. Warum sollten diejenigen, die unsere Angehörigen pflegen und sich um uns kümmern, wenn wir krank sind, weniger verdienen als in der Industrie oder bei der Bank? Die Grundgehälter in der Pflege müssen um 500 Euro angehoben werden. Die Klinikkonzerne an den Börsen richten sich mehr nach ihren Aktionären als nach dem Bedarf der Bevölkerung. DIE LINKE sagt: Mit Gesundheit darf kein Profit gemacht werden! Krankenhäuser müssen nach Bedarf finanziert werden und gehören in die öffent-

liche Hand. Das ist gut für die Beschäftigten und gut für die Versorgung der Patientinnen und Patienten. Wir wollen ein solidarisches, gerechtes und barrierefreies Gesundheitssystem, in dem die Versorgung der Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt steht. Gesundheit darf nicht weiter zu einem Markt verkommen, auf dem die Profite mehr zählen als die Menschen: Statt immer weiter zu privatisieren, muss Gesundheit als Teil des Sozialstaats öffentlich organisiert werden.

Staatshilfen für eine gute Zukunft – nicht für die Profite der Konzerne

Jahrelang haben die Beschäftigten sich krumm gemacht. Sie haben Profite für die Konzerne erwirtschaftet und Standorte gesichert. Daimler hat diesen Sommer 1,08 Mrd. Euro Dividenden an die Aktionäre ausgezahlt (auf 4,3 Mrd. Gewinn), 136 000 Beschäftigte gingen in Kurzarbeit. Jetzt sollen 11 000 Stellen gestrichen werden. BMW hat seinen Aktionären im Mai 1,64 Mrd. Euro ausgezahlt (auf 5 Mrd. Gewinn). Jetzt streichen sie 16 000 Stellen, die Leiharbeiter werden als erstes nach Hause geschickt, 34 000 Beschäftigte sind auf Kurzarbeit gesetzt. Kurzarbeitergeld wird aus der Sozialversicherung der Beschäftigten gezahlt. Die Konzernleitungen sagen, es müssten »Kosten optimiert werden«. Übersetzung: Weniger Beschäftigte mit weniger Lohn sollen sichern, dass die Dividenden weiter fließen. Ein Teil der Arbeitsplätze wird in Länder verlagert, wo Beschäftigte geringeren Lohn bekommen.

DIE LINKE sagt: Wer Staatshilfen bekommt, darf weder entlassen noch Dividenden auszahlen. Wer abhaut und Standorte schließt, gibt das Geld zurück!

Die Profiteure der Krise müssen zahlen! Susanne Klatten ist die reichste Frau Deutschlands. Zusammen mit ihrem Bruder Stefan Quandt hat sie als Aktionärin von BMW 800 Millionen Euro Dividende kassiert. Für die Reichsten ist die Krise gut gelaufen: Die 120 deutschen Milliardäre konnten ihr Vermögen um 80 Mrd. Euro steigen – auf 500 Mrd. Die Besitzer

der großen Discounter-Märkte haben ihren Beschäftigten keine anständige Coronaprämien gezahlt. So kommt man wohl auf Platz 2 (Dieter Schwarz, dem Lidl gehört) und die Plätze 1 und 4 der Liste der reichsten Deutschen (die Aldi-Erben). 38 Familien besitzen in Deutschland so viel wie die ganze ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. Es ist also genug Geld da!

Die Kosten der Krise dürfen nicht auf Beschäftigte, auf die ganz normalen Leute, abgewälzt werden. Wer in der Krise zu den Gewinnern zählt, muss einen fairen Beitrag leisten. Wir lassen nicht zu, dass das, was heute an Hilfgeldern an die Unternehmen gezahlt wird, morgen bei

uns eingespart wird: mit Kürzungen beim Lohn, bei Gesundheit, Rente, Bildung, Kultur, an unserer Zukunft. Krasse Ungleichheit macht den Zusammenhalt in der Gesellschaft kaputt. Und den brauchen wir gerade jetzt. Ohne Solidarität sind wir geliefert, im Kleinen wie im Großen. Deshalb sagt DIE LINKE: Um die Kosten der Krise zu bezahlen, müssen die Reichsten – das eine Prozent der Bevölkerung, das am meisten Vermögen hat – eine Abgabe auf ihre Vermögen zahlen. Das ist gerecht. Das gab es in der Geschichte der Bundesrepublik schon. Eine Vermögensabgabe wird einmalig erhoben, kann sich aber über mehrere Jahre strecken.

Wenn wir eine lebenswerte Zukunft für uns und unsere Kinder wollen, müssen wir investieren: in unser Bildungs- und Gesundheitswesen, in bezahlbaren Wohnraum, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und einen klimagerechten Umbau der Wirtschaft. Schon heute wissen viele Bundesländer und Kommunen nicht, wie sie die öffentlichen Aufgaben finanzieren sollen. Das kann sich ändern: Unser Grundgesetz sieht eine Vermögenssteuer vor. Seit über 25 Jahren verzichtet die Regierung darauf, sie zu erheben. Die Regierung will den Reichen nicht in die Taschen greifen – wahrscheinlich auch, weil das die Taschen sind, aus denen viele Spenden fließen. Es ist höchste Zeit für gerechte Steuern auf hohe Vermögen und Unternehmensgewinne!

Wer für die Krise zahlen sollte:

Unternehmen / Besitzer(familie)	Vermögen in Euro	Anstieg während Pandemie
 Beate Heister Karl Albrecht jr.	30,7 Mrd.	+4,3 Mrd.
 Dieter Schwarz	30,3 Mrd.	+11,1 Mrd.
 Susanne Klatten	20,6 Mrd.	+2,7 Mrd.
 Theo Albrecht jr.	18,1 Mrd.	+3,3 Mrd.
 Reinhold Würth	19,9 Mrd.	+7,4 Mrd.
 Dietmar Hopp	15,7 Mrd.	+4,3 Mrd.
 Hasso Plattner	15,0 Mrd.	+3,5 Mrd.

Keine Werkverträge!

Die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie sind ein Skandal, nicht erst seit Corona. Viele Beschäftigte sind über Subunternehmen eingesetzt. Die Geschäftsleitung vermittelt überbezahlte Sammelunterkünfte. Abstand halten können die Beschäftigten weder in der Produktion noch in der Unterkunft. Der Betriebsrat hat beim Gesundheitsschutz in den Subunternehmen kein Mitspracherecht. Schluss damit! ■

Farina Kerekes
Verkäuferin im Ruhrgebiet



»Durch Corona sind im Einzelhandel Forderungen hochgeplöpft, die auch nach der Krise noch bestehen bleiben. Ganz wichtig finde ich die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Früher war es mal normal, dass Tarifverträge für alle Unternehmen gegolten haben. Mittlerweile wird nur noch ein Drittel der Angestellten nach Tarif bezahlt, der Rest eher nach Mindestlohn.«



Raus aus dem Niedriglohn

Putzen, Pflegen, Fahren – viele wichtige Arbeiten sind mies bezahlt. Wer weniger als 13 Euro pro Stunde verdient und sein Leben lang arbeitet, landet trotzdem in der Altersarmut. Diese Auskunft hat die Bundesregierung selbst gegeben. Was muss passieren? Der gesetzliche Mindestlohn muss auf 13 Euro angehoben werden. Das erleichtert auch, für Tarifverträge und höhere Löhne zu kämpfen. Es muss besser kontrolliert werden, dass der Mindestlohn einge-

halten wird. Unfreiwillige Teilzeit wollen wir stoppen und Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit dem Recht auf eine Mindeststundenzahl von 22 Stunden/Woche überführen. Immer mehr Beschäftigte kämpfen für Tarifbindung, höhere Einkommen und für Arbeitszeitverkürzung. Sie nehmen nicht hin, dass sie in prekäre Jobs abgedrängt werden. Richtig so! Gemeinsam können wir gute Löhne und eine gerechte Verteilung von Reichtum durchsetzen. ■

Stefan Weigand

Vertrauenskörper-Leiter und stellv. Betriebsratsvorsitzender bei Hitachi-ABB Power Grids in Hanau-Großauheim



»Obwohl der Standort profitabel arbeitet und Zukunftstechnologien herstellt, will das Unternehmen unsere Produktion in die Schweiz und nach Bulgarien verlagern. In welcher Welt leben wir eigentlich, wenn sogar die wirtschaftliche Rentabilität eines Standortes keine Sicherheit mehr bietet?«

Respekt!

Wer seine Arbeit verliert, darf nicht in Armut stürzen. Das ist eine Frage der Würde. Und eine Frage der Gerechtigkeit: Die Beschäftigten haben lange Jahre in die sozialen Sicherungen eingezahlt. Die Ansprüche dürfen nicht verfallen. Deshalb muss das Arbeitslosengeld I länger gezahlt werden. Die Erpressung mit Hartz IV muss ein Ende haben. Wir streiten für eine Mindestsicherung von 1.200 Euro, die nicht gekürzt werden kann, also sanktionsfrei ist. Eine ordentliche Mindestsicherung reduziert den Erpressungsdruck der Unternehmer auf unsere Löhne. Jedes Kind soll sicher vor Armut geschützt werden mit einer Kindergrundsicherung von rund 600 Euro. ■

Kostenlose Sozial- u. Rechtsberatung:
www.die-linke.de/dielinkehilft

Gute Rente für ein gutes Leben

Viele Menschen denken mit Sorgen an die Rente: Halte ich so lange durch? Reicht das Geld fürs Leben? Muss ich Flaschen sammeln?

In vielen Berufen geht der Körper mit Ende 50 kaputt, die meisten Beschäftigten können gar nicht bis 67 arbeiten. Arbeitgeberverbände, die Bundesbank, FDP und CDU träumen gern davon, die Rente noch weiter rauszuschieben, mindestens bis 70. Arbeiten bis zum Tod oder kurz davor – so sieht kein gerechter Lebensabend aus!

Rente erst ab 67, das bedeutet für viele: Abschläge und Minderung der Rente. Deshalb müssen alle spätestens mit 65 in Rente gehen können. Wer 40 Jahre Beiträge gezahlt hat, schon ab 60. Das Rentenniveau muss hochgesetzt werden, damit die Rente den Lebensstandard sichert. Armutsrenten müssen aufgestockt werden: Eine Mindestrente von 1.200 Euro schützt alle sicher vor Armut. Viele versuchen, Junge gegen Alle auszuspielen. Dabei wird die Renten Kürzung gerade die Jungen treffen. Eine ordentliche Rente für alle ist machbar und bezahlbar. Es müssen endlich alle einzahlen – auch Beamte, Unternehmer und Bundestagsabgeordnete. ■

Gutes Leben braucht gutes Wohnen

In vielen Städten explodieren die Mieten, weil Wohnungen längst Spekulationsobjekte geworden sind. DIE LINKE will das stoppen.

Zu einem guten Leben gehört auch eine gute und bezahlbare Wohnung. Schließlich verbringen wir einen großen Teil unserer Zeit in den eigenen vier Wänden. Doch in vielen Städten und Orten explodieren die Mieten. Wo die Mieten noch bezahlbar sind, gibt es oft keine oder nur schlecht bezahlte Jobs. Wo es gute Jobs gibt, sind die Mieten für normale Beschäftigte häufig schon zu hoch. Viele Leute müssen pendeln, das kostet wertvolle Lebenszeit. Die steigenden Mieten fressen die ohnehin zu niedrigen Löhne auf. Schon jetzt geht bei vielen ein Drittel des Lohnes für die Miete drauf. Tendenz steigend. Der Grund dafür: Investmentfonds drängen auf den Wohnungsmarkt. Viele Reiche suchen händeringend nach Anlagemöglichkeiten, weil die Zinsen niedrig sind. Luxussanierung und Spekulation mit Wohnraum, das sogenannte »Beton-gold«, kommen da gerade recht. Weil die Reichen und Wohlhabenden nicht wissen, wo sie ihr Geld gewinnbringend anlegen sollen, kaufen sie Häuser, Woh-

nungen oder Aktien von Konzernen wie Deutsche Wohnen. Hier gilt: Wenn die Mieten steigen, steigen die Renditen für die Anleger. Wenn Mängel nicht beseitigt werden oder der Hausmeister entlassen wird, steigen die Renditen. Wenn Mieter vertrieben und deren Wohnungen teurer vermietet werden, steigen die Renditen. Vonovia – der größte deutschen Immobilienkonzern – hat seine Gewinne und Dividenden in den vergangenen fünf Jahren verdoppelt.

„Steigende Mieten sind kein Naturgesetz. Mit dem Mietendeckel hat die linke Landesregierung in Berlin weitere Mieterhöhungen gestoppt. Jetzt sinken die Mieten sogar.“

Aber steigende Mieten und Verdrängung sind kein Naturgesetz, wie das Beispiel Berlin zeigt. Mit einem Mietendeckel hat die linke Landesregierung eine weitere Erhöhung der Mieten gestoppt. Hier sinken die Mieten sogar. Ende November werden bei über 300 000 Berliner Mietwohnungen die Mieten gesenkt. Und dabei müssen wir nicht stehen bleiben.

In der Corona-Krise arbeiten viele in Kurzarbeit, werden entlassen oder verlieren als Selbständige ihre Existenz – und können die Kosten für die Wohnung

nicht mehr tragen. Viele haben Angst, dass sie die Wohnung verlieren. Gleichzeitig schütten Vonovia, Deutsche Wohnen und Co. rund 1,5 Milliarden Euro Dividende an ihre Aktionäre aus. Wir sagen: Keine Dividenden in der Krise! Die Wohnungskonzerne müssen ihre Profite nutzen, um die Mieten zu senken. Wir brauchen ein Sofortprogramm zum

Mieterschutz. Deshalb brauchen wir überall in Deutschland ein Verbot von Mieterhöhungen und einen verbindlichen Mietendeckel. Schluss mit Wohnungskündigungen, Stromsperren oder dem Abstellen von Wasser und Heizung selbst im Winter! Mit Wohnraum darf nicht spekuliert werden. Wohnen ist ein Menschenrecht. Deshalb kämpft DIE LINKE dafür, dass Wohnen öffentlich und gemeinnützig organisiert ist. Dass wieder mehr Wohnungen für den Sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen – durch Neubau, Rückkauf und Umwandlung. Was für alle da ist, muss allen gehören. ■



Martha Heilmann

Wir bleiben in Kontakt



Neu

Die aktuellsten Infos direkt aufs Smartphone.

Abonniere unseren Telegram-Kanal
<https://t.me/dielinke>



www.die-linke.de/newsletter



twitter.com/dielinke



facebook.com/linkspartei



youtube.com/dielinke



instagram.com/dielinke



flickr.com/die_linke

Olaf Klenke

Aktiv in der AG Betrieb und Gewerkschaft in Berlin und Gewerkschaftssekretär der NGG in Ostdeutschland.



»Die Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft bei der LINKEN ist für mich ein wichtiger Ort: Um mich mit anderen zu gewerkschaftlichen Fragen auszutauschen und um betriebliche Kämpfe zu unterstützen. Unser Ziel: Kämpferische Gewerkschaften, in denen die Mitglieder den Ton angeben.«

**& betrieb
gewerkschaft**

Auch Du hast Lust, Dich stärker zu gewerkschaftlichen Themen auszutauschen und zu vernetzen? Komm zu unserer AG Betrieb & Gewerkschaft. Wir organisieren uns als Gewerkschafter*innen mit und ohne Parteibuch, weil wir DIE LINKE und die Gewerkschaften stärker machen wollen.

www.betriebundgewerkschaft.de

- Bitte schick mir weitere Informationen.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden.
- Ich will im Wahlkampf unterstützen.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

Bitte einsenden an:
DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
oder online unter www.linksaktiv.de

linksaktiv.de



Wir brauchen Dich!

Gemeinsam werden wir unsere Forderungen für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu den Menschen bringen und im eigenen Kiez, im Betrieb oder im Kleingartenverein das Gesicht der LINKEN sein. Hilf uns dabei, stärker zu werden und motiviere andere, mitzumachen. Melde Dich an und lade Freund*innen und Bekannte ein, DIE LINKE zu unterstützen.



www.linksaktiv.de